



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 14.09.2011

Niederschrift

über die **18. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 12.09.2011, 16:00 Uhr bis 17:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Ulrich Breite	FDP	in Vertretung für Herrn Sterck
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Frau Wolter

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Frau Christine Kronenberg
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Gregor Timmer

Gäste

Herr Jürgen Fenske	KVB AG
Herr Dr.-Ing. Jörg Holzhäuser	Holzhäuser Ingenieur Consult GmbH

Schriftführerin

Frau Maria Lange

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Herrn Breite
Frau Judith Wolter	pro Köln	vertreten durch Herrn Ucker- mann

Verwaltung

Herr Ralf Huttanus
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung um folgende Punkte ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil:

- zu 2.1 Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1 Anfrage betreffend Linksextremismus
3614/2011
- 2.2 Standortentscheidung für das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der Fach-
hochschule Köln
AN/1555/2011
- 3.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend Regionale-
Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen!
AN/1589/2011

- Zu 3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 3.1 Regionale-Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen!
AN/1611/2011
- Zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 4.1.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln
AN/1614/2011
- 4.1.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2011
3218/2011
- 4.1.4 Optimierung des Winterdienstes in Köln
2865/2011
- 4.1.5 Einrichtung des "Kompetenzzentrums Frau und Beruf" und Umsetzung der "Initiative zur Fachkräftesicherung in NRW"
3423/2011
- 4.1.6 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG Köln zur Unterstützung der Sonderausstellung "Glanz und Größe des Mittelalters. Kölner Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt" des Museum Schnütgen
3514/2011
- 4.1.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Mehrauszahlung im Sinne des § 83 GO NW Umbau des Rechenzentrums Chorweiler
3206/2011
- 4.1.8 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr für die Eintrittskarten der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013
3479/2011

Herr Frank schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.1.7 und 4.1.8 heute noch nicht zu beschließen und dann im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs.1 Satz 2 GO NW über die Themen zu entscheiden, da die Vorlagen sehr kurzfristig vor der Hauptausschusssitzung eingegangen sind. Die Mitglieder des Hauptausschusses sind damit einverstanden.

Herr Granitzka regt an, eventuell auch mit TOP 4.1.4 so zu verfahren, da noch Beratungsbedarf besteht. Dies soll bei der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt entschieden werden.

Herr Frank weist daraufhin, dass zu TOP 3.1 und 4.1.1 Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen.

Da Herr Streitberger nicht anwesend ist, wird TOP 2.2 in die nächste Sitzung geschoben.

Der Hauptausschuss legt die Tagesordnung demnach wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 **Mitteilungen**

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

2.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend Linksextremismus in Köln
AN/1499 /2011

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1 Anfrage betreffend Linksextremismus
3614/2011

2.2 Standortentscheidung für das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der Fachhochschule Köln
AN/1555/2011
- zurückgestellt -

3 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend Regionale-Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen!
AN/1589/2011

zu 3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 3.1 Regionale-Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen!
AN/1611/2011

4 **Dringlichkeitsentscheidungen**

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln
2642/2011/1

Zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 4.1.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln
AN/1614/2011

- 4.1.2 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten - Ausführung dringender Renovierungsmaßnahmen
2981/2011
- 4.1.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2011
3218/2011
- 4.1.4 Optimierung des Winterdienstes in Köln
2865/2011
- 4.1.5 Einrichtung des "Kompetenzzentrums Frau und Beruf" und Umsetzung der "Initiative zur Fachkräftesicherung in NRW"
3423/2011
- 4.1.6 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG Köln zur Unterstützung der Sonderausstellung "Glanz und Größe des Mittelalters. Kölner Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt" des Museum Schnütgen
3514/2011
- 4.1.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Mehrauszahlung im Sinne des § 83 GO NW Umbau des Rechenzentrums Chorweiler
3206/2011
- zurückgestellt -
- 4.1.8 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr für die Eintrittskarten der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013
3479/2011
- zurückgestellt -
- 4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

7 Mitteilungen

- 7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Personalien

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Herr Dr.-Ing. Holzhäuser berichtet über den Sachstand an der Bergungsbaugrube im Bereich der Einsturzstelle Historisches Archiv (s. die als Anlage beigefügten Powerpointpräsentation) und beantwortet Fragen der Anwesenden. Die Ursache des Einbruchs am 27.08.2011 steht noch nicht fest.

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend Linksextremismus in Köln AN/1499 /2011

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1 Anfrage betreffend Linksextremismus 3614/2011

Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Uckermann bittet zusätzlich um Mitteilung, wie viele Straftaten mit linksextremem Hintergrund sich in Köln im Jahr 2008 ereigneten haben.

2.2 Standortentscheidung für das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der Fachhochschule Köln AN/1555/2011

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses behandelt.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend Regionale-Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen! AN/1589/2011

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 3.1 Regionale-Projekt "Butzweilerhof" darf nicht scheitern - Zuschüsse dürfen nicht verfallen!
AN/1611/2011**

Die Fraktionen sind sich einig, dass das Projekt „Butzweilerhof“ städtebaulich und politisch von hoher Bedeutung ist. In der Zielrichtung sind die beiden Anträge von SPD / Bündnis 90/Die Grünen und von CDU/FDP identisch. Sie weichen in Nuancen voneinander ab.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Beschluss:

Der Rat fordert Stadt Köln, LVR und SKI auf, sich weiterhin gemeinschaftlich für das stadtentwicklungspolitische bedeutsame Projekt „Butzweilerhof“ einzusetzen und verantwortlich zu zeigen. Sie werden insbesondere aufgefordert, dafür zu sorgen, Zuschüsse in größtmöglichem Umfang für das Projekt Butzweilerhof zu sichern und in Verhandlungen mit den Fördergebern hierzu die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von pro Köln

Herr Oberbürgermeister Roters versichert, dass er alles daran setzen wird, das Projekt zu einem erfolgreichen Ende zu führen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, entsprechende Landesmittel abzurufen. Er habe Herrn Beigeordneten Streitberger den Auftrag erteilt dies sicherzustellen und ist zuversichtlich, dass dies auch gelingen wird.

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln

2642/2011

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu TOP 4.1.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss Markenprozess für Köln
AN/1614/2011**

Frau Berg betont, dass der Prozess breit angelegt ist und alle gesellschaftlichen Bereiche mit berücksichtigt werden.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen folgenden Änderungsantrag:

„Bei der Gestaltung des weiteren Prozesses und das Anforderungsprofil für eine Agentur sollen folgende Aspekte beachten werden:

Für die „Markenanalyse“ sollen die Sichtweisen und Vorstellungen, die mit Köln verbunden werden, von Investitionsentscheidern in Unternehmen aus der Region Köln, dem Bundesgebiet, aus Europa und international ermittelt werden. Hierbei soll das gesamte Branchenspektrum einschließlich des Kultursektors und der Kreativwirtschaft berücksichtigt werden. Für eine solche Analyse sollen auch relevante Akteure aus Wissenschaft, Kultur, Sport, Soziales, Umwelt sowie von national bzw. international agierenden Verbänden und Organisationen aus diesen Bereichen befragt werden.

Im weiteren Arbeitsprozess zur Entwicklung eines Markenprofils, eines Themensettings und einer Kommunikationsstrategie sind in geeigneter Weise die Verwaltungsbereiche, städtischen Institutionen und Beteiligungen einzubeziehen, die gegenüber den Zielgruppen Köln imagebildend repräsentieren bzw. Leistungen anbieten.

Für die Entwicklung des Markenprozesses ist der Wirtschaftsausschuss federführend. Da die Entwicklung des Markenprozesses inhaltlich ein Querschnittsthema ist, erfolgt zugleich eine periodische Berichterstattung an die entsprechenden Fachausschüsse.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über den so geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Markenprozess für die Stadt Köln soll fortgesetzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Prozess mit Gesamtkosten im Höhe von ca. 250.000,-€ zu organisieren. Als erster Schritt soll eine geeignete professionelle Agentur nach Ausschreibung mit der Betreuung des Markenprozesses beauftragt werden.

Der Wirtschaftsausschuss wird halbjährlich über den Fortgang des Projektes unterrichtet.

Der beschriebene Markenprozess wird aufgrund des im Rahmen der Hpl-Beratungen 2010/2011 getroffenen Finanzausschuss-Beschlusses vom 27.09.2010 grundsätzlich aus der Kulturförderabgabe finanziert. Die entsprechenden Mittel sind im Teilplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, veranschlagt.

Bei der Gestaltung des weiteren Prozesses und das Anforderungsprofil für eine Agentur sollen folgende Aspekte beachten werden:

Für die „Markenanalyse“ sollen die Sichtweisen und Vorstellungen, die mit Köln verbunden werden, von Investitionsentscheidern in Unternehmen aus der Region Köln, dem Bundesgebiet, aus Europa und international ermittelt werden. Hierbei soll das gesamte Branchenspektrum einschließlich des Kultursektors und der Kreativwirtschaft berücksichtigt werden. Für eine solche Analyse sollen auch relevante Akteure aus Wissenschaft, Kultur, Sport, Soziales, Umwelt sowie von national bzw. international agierenden Verbänden und Organisationen aus diesen Bereichen befragt werden.

Im weiteren Arbeitsprozess zur Entwicklung eines Markenprofils, eines Themensettings und einer Kommunikationsstrategie sind in geeigneter Weise die Verwaltungsbereiche, städtischen Institutionen und Beteiligungen einzubeziehen, die gegenüber den Zielgruppen Köln imagebildend repräsentieren bzw. Leistungen anbieten.

Für die Entwicklung des Markenprozesses ist der Wirtschaftsausschuss federführend. Da die Entwicklung des Markenprozesses inhaltlich ein Querschnittsthema ist, erfolgt zugleich eine periodische Berichterstattung an die entsprechenden Fachausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von pro Köln beschlossen

4.1.2 Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten - Ausführung dringender Renovierungsmaßnahmen 2981/2011

Herr Frank gibt zu Protokoll, dass der heutige Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt sich nur auf die Mittelfreigabe für das Jahr 2011 bezieht und daraus nicht, wie in der Vorlage angedeutet, ein Automatismus für die Folgejahre abgeleitet werden kann. Es bedarf in den Folgejahren jeweils wieder eines neuen Beschlusses.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss die Durchführung und die Mittelfreigabe für die in der Anlage zu diesem Beschluss bezeichneten dringendsten Maßnahmen aus dem Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten in Höhe von 1.297.000 €

Gleichzeitig beschließt der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die hierfür erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NRW in den Teilplänen 0405 – Museum für Angewandte Kunst in Höhe von 830.000 €, 0406 – Museum für Ostasiatische Kunst in Höhe von 360.000 € sowie 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in Höhe von 107.000 €, jeweils in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleitungen und Haushaltsjahr 2011.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 1.297.000 € im Teilplan 0401 – Museumsreferat, ebenfalls im Hj. 2011 in Teilplanzeile 13.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.1.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2011 3218/2011

Herr Breite gibt zu Protokoll, dass er die Maßnahme unter Nr. 1 in der Vorlage (Hohenzollernring/Rudolfplatz/Ehrenstraße – Umgestaltung des Radweges) für eine Maßnahme des Masterplanes hält. Er ist der Ansicht, dass hier nicht schon Fakten geschaffen werden sollen, bevor sich die Architekten im Rahmen des Masterplans über diesen Teilbereich Pläne erarbeitet haben. Die FDP-Fraktion will nicht dem Masterplan vorgreifen.

Herr Stadtdirektor Kahlen führt aus, dass es eigentlich „Instandsetzung/Umgestaltung“ lauten müsste, da hier notwendige Instandsetzungsarbeiten erfolgen werden.

Das im Rat beschlossene „10-Jahres-Programm“ ist nicht Thema dieser Vorlage. Hierzu wird zurzeit eine Vorlage erarbeitet, die den politischen Gremien voraussichtlich im 4. Quartal 2011 vorgelegt wird.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO NW) beschließt der Hauptausschuss überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NW in Höhe von 3 Mio. € im Teilplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze im Bereich der Straßenunterhaltungsmittel in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2011 bereit zu stellen.

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch zahlungswirksamen Wenigeraufwand im Teilplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in der Teilplanzeile 13, Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von Herrn Breite beschlossen.

4.1.4 Optimierung des Winterdienstes in Köln 2865/2011

Herr Frank regt an, die Beschlussfassung zur Beauftragung der AWB jetzt und die zur Finanzierung bis zum Ende des Jahres vorzunehmen.

Herr Börschel bedauert, dass die Vorlage so kurzfristig vorgelegt wurde. Sie konnte deshalb nicht in den Fraktionen beraten werden. Er ist jedoch mit dem Vorschlag von Herrn Frank einverstanden.

Herr Möring teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf in Hinblick auf den aktuellen Stand der Leistungen der AWB, über die Sinnhaftigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen (Salzbevorratung; Winterwartung der Haltestellen aus einer Hand) und in Bezug auf die Finanzierung hat.

Auch Herr Breite hat noch Fragen zur Höhe der Salzbevorratung, zum Preis-Leistungsverhältnis und zur Finanzierung

Herr Uckermann ist der Meinung, dass die Winterwartung als Kernaufgabe von der Stadtverwaltung kostenneutral durchgeführt werden müsse.

Frau Stahlhofen hätte sich eine Synopse in der Vorlage gewünscht und fragt, ob der große Salzvorrat nötig ist. Sie ist ebenfalls dafür, nur den ersten Absatz heute zu beschließen und über die Finanzierung noch zu diskutieren.

Herr Granitzka bittet, die Beschlussfassung zu schieben.

Frau Reker erläutert, dass die Vorlage so kurzfristig eingereicht wurde, weil bis zum Schluss noch Verbesserungsvorschläge eingearbeitet werden mussten. Eine Beschlussfassung ist dringend in Kürze notwendig, da die Planung der Salzbevorratung und die Personalentscheidungen schnell erfolgen müssen, um im Winter vorbereitet zu sein. Eine Vertagung bis zur Ratssitzung am 13.10.2011 ist nicht möglich.

Herr Börschel schlägt vor, dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, der am 19.09.2011 tagt, die Beschlussfassung zur Beauftragung der AWB zu übertragen und die Beschlussfassung zur Finanzierung zu vertagen.

Herr Oberbürgermeister Roters lässt über den Vorschlag, die Beschlussfassung über die Finanzfrage abzukoppeln und diese zu vertagen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von pro Köln

Dann lässt er über den Verweis der Beschlussfassung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 19.09.2011 abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss überträgt dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales die Beschlussfassung über den ersten Absatz des Beschlussvorschlages der Vorlage „Optimierung des Winterdienstes“, Session Nr. 2865/2011) in seiner Sitzung am 19.09.2011:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) eine Anpassung des Leistungsverzeichnisses des Straßenreinigungsvertrages vom 01.12.2000 um die in der Vorlage beschriebenen ergänzenden Winterdienstmaßnahmen (1.1

– 1.6) vorzunehmen. Die genauen Kosten sind anhand von testierten LSP-Kalkulationen zu berechnen.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, die Kosten von voraussichtlich 858.000 € für 2012 und ab 2013 von 1,94 Mio. € jährlich in die Haushaltspläne einzustellen. Wenn die LSP-Kalkulationen höhere Kosten ergeben sollten, sind die Leistungen so zu kürzen, dass die vorgenannten Kosten eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln beschlossen

4.1.5 Einrichtung des "Kompetenzzentrums Frau und Beruf" und Umsetzung der "Initiative zur Fachkräftesicherung in NRW" 3423/2011

Frau Berg erläutert die Vorlage.

Herr Frank bittet um Mitteilung, welche Stellen bei der Stadt eingerichtet werden und was diese im Detail kosten. Aus der Aufstellung ist dies nicht eindeutig ersichtlich.

Beschluss:

1. Wir beschließen die Übernahme der Trägerschaft und die Einrichtung des „Kompetenzzentrums Frau und Beruf“ für den Zeitraum 01.01.2012 bis 30.06.2015 unter der Voraussetzung einer Förderung in Höhe von zurzeit 90% durch das Land NRW. Das Kompetenzzentrum wird für die Arbeitsmarktregion Köln tätig werden.

In Absprache mit den beteiligten Kreisen und Kommunen wird für die Wahrnehmung der Aufgabe bei der Stadt Köln ein Personalkredit über 1,0 Stelle E13 TVöD (vergleichbar BAT II/Ib Fg. 1b/1c) und 1,0 Stelle E12 TVöD (vergleichbar BAT III/II Fg. 1a /1e) im Rahmen des Projektes „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“ befristet für die vom Rat beschlossene Dauer der Maßnahme (zurzeit bis 30.06.2015) zum Stellenplan 2012 eingerichtet. Um die Besetzung der Stellen zum 01.01.2012 sicher zu stellen, werden verwaltungsintern entsprechende PR-Planstellen zur Verfügung gestellt.

Der Aufwand für die Zeit vom 01.01.2012 – 30.06.2015 setzt sich wie folgt zusammen:

Personalkosten Stadt Köln	514.591 EUR
Personalkosten Beteiligte	730.051 EUR
Sachkosten und Öffentlichkeitsarbeit	411.250 EUR

Die teilweise Refinanzierung erfolgt durch folgende Erträge:

Landeszuweisung Kompetenzzentrum	1.490.303 EUR
Kostenerstattung der Beteiligten	96.980 EUR

Es verbleibt ein **städtischer Eigenanteil** in Höhe von 68.609 EUR

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2012 durch entsprechende Umschichtungen im Teilergebnisplan 1501 -Wirtschaft und Tourismus- innerhalb der Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentl. Aufwendungen) und von diesen Teilplanzeilen zur Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen) in Höhe des städtischen Anteils sowie durch die Planung zusätzlicher Erträge in den Teilplanzeilen 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen) und 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen). Die mittelfristige Finanzplanung wird entsprechend angepasst.

2. Wir beschließen für die Umsetzung der „Initiative zur Fachkräftesicherung“ auf der Basis des vom MAIS NRW genehmigten Handlungskonzeptes die Übernahme der Trägerschaft für ein entsprechendes Projekt für den Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2013 unter der Voraussetzung der Förderung in Höhe von zurzeit 50% durch das Land NRW. Das Projekt erstreckt sich räum

lich auf die Arbeitsmarktregion Köln.

In Absprache mit den beteiligten Kreisen und Kommunen wird für die Wahrnehmung der Aufgabe bei der Stadt Köln ein Personalkredit über 2,0 Stellen E12 TVöD (vergleichbar BAT III/II Fg. 1a /1e) im Rahmen des Projektes Initiative Fachkräftesicherung befristet für die vom Rat beschlossene Dauer der Maßnahme (zurzeit bis 31.12.2013) zum Stellenplan 2012 eingerichtet. Um die Besetzung der Stellen zum 01.01.2012 sicher zu stellen, werden verwaltungsintern entsprechende PR-Planstellen zur Verfügung gestellt.

Der Aufwand für die Zeit vom 01.01.2012 – 31.12.2013 setzt sich wie folgt zusammen:

Personalkosten Stadt Köln	305.424 EUR
Personalkosten Beteiligte	289.466 EUR
Sachkosten	156.000 EUR
Die teilweise Refinanzierung erfolgt durch folgende Erträge:	
Landeszuweisung Initiative Fachkräftesicherung	375.445 EUR
Kostenerstattung der Beteiligten	183.733 EUR

Es verbleibt ein **städtischer Eigenanteil** in Höhe von 191.712 EUR

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2012 durch entsprechende Umschichtungen im Teilergebnisplan 1501 -Wirtschaft und Tourismus- innerhalb der Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentl. Aufwendungen) und von diesen Teilplanzeilen zur Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen) in Höhe des städtischen Anteils sowie durch die Planung zusätzlicher Erträge in den Teilplanzeilen 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen) und 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen). Die mittelfristige Finanzplanung wird entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von pro Köln beschlossen.

4.1.6 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG Köln zur Unterstützung der Sonderausstellung "Glanz und Größe des Mittelalters. Kölner Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt" des Museum Schnütgen 3514/2011

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW stimmt der Hauptausschuss dem Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der RheinEnergie AG Köln zur Unterstützung der Sonderausstellung „Glanz und Größe des Mittelalters. Meisterwerke aus den großen Sammlungen der Welt“ des Museum Schnütgen in Höhe von 150.000,- € zuzüglich Mehrwertsteuer in der dieser Vorlage beiliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**4.1.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Mehrauszahlung im Sinne des § 83 GO NW
Umbau des Rechenzentrums Chorweiler
3206/2011**

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW beschließt der Hauptausschuss eine außerplanmäßige Mehrauszahlung in Höhe von 967.000,- € im Teilfinanzplan 0104 (IT- und Kommunikationsdienste) bei der Teilplanzeile 09 (Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen) für den Umbau des Rechenzentrums Chorweiler sowie für weitere in der Begründung aufgeführte zwingend notwendige investive Maßnahmen.

Die Deckung wird durch entsprechende Mehreinzahlungen bei der Investitionspauschale im Teilfinanzplan 1601 (Allgemeine Finanzwirtschaft) bei der Teilplanzeile 18 (Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen) sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Die Entscheidung wird im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs.1 Satz 2 GO NW getroffen.

**4.1.8 Erhebung einer Vorverkaufsgebühr für die Eintrittskarten der Puppenspiele ab der Spielzeit 2012/2013
3479/2011**

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW die Erhebung einer Vorverkaufsgebühr für die Eintrittskarten der Puppenspiele in Höhe von 1 €/Karte ab der Spielzeit 2012/2013, darin eingeschlossen ist der am 24.09.2011 beginnende Vorverkauf für die Eintrittskarten der Puppensitzung 2012.

Gleichzeitig beschließen wir, den zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und Ertragssteigerung im Band 2 der Haushaltssatzung 2010/2011 unter Aufgabe 4101.0 berücksichtigten Einsparvorschlag „Ausstieg KölnTicket (bei gleichzeitigem Wechsel des Buchungssystem)“ nicht umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Die Entscheidung wird im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs.1 Satz 2 GO NW getroffen.

gez.

Roters

Oberbürgermeister

gez.

Lange

Schriftführerin